

Bricht der OB sein erstes Versprechen?

Suedk. 15.1.13

Im Wahlkampf hat sich Uli Burchardt eingesetzt für die Einrichtung von Bezirksbeiräten. Jetzt lässt er die Idee fallen, obwohl eine Umsetzung möglich wäre

VON MICHAEL LÜNSTROTH

Konstanz – Die Idee fehlte in kaum einer der Bewerbungsreden von Uli Burchardt um das Oberbürgermeisteramt: Um die Bürgerbeteiligung zu stärken, wollte er Bezirksbeiräte in Stadtteilen wie Allmannsdorf oder Wollmatingen einführen. „Wir sind dabei, das juristisch zu prüfen und sind zuversichtlich, dass das auch in Konstanz gelingen könnte“, sagte Burchardt dazu vor einem halben Jahr. Inzwischen ist der 41-

Jährige seit einigen Monaten im Amt, die Idee mit den Bezirksbeiräten hat seither offenbar an Charme für ihn verloren. Zuletzt hatte er eingeräumt, dass eine Umsetzung dieser Idee juristisch schwierig sei und strich sie somit vorerst von seiner politischen Agenda.

Nach einer rund 30 Jahre alten Auffassung des Regierungspräsidiums (RP) Freiburg wäre das aber gar nicht nötig gewesen. Auf Anfrage des damaligen Oberbürgermeisters Horst Eickmeyer erklärte das RP am 20. November 1981: „Die Einführung der Ortsschaftsverfassung für den Ortsteil Allmannsdorf-Staad ist möglich.“ Zur Begründung hieß es damals, dies sei vor allem deshalb möglich, weil Allmannsdorf-Staad räumlich durch den Hockgraben von der Kernstadt getrennt sei. Eine solche „räumliche Trennung“ ist eine Grund-

voraussetzung für die Einrichtung einer eigenen Ortsschaftsverfassung.

Auf genau jenen Passus zur räumlichen Trennung beruft sich jetzt auch die Stadtverwaltung. Nachzulesen ist das in der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Demnach sind Bezirksbeiräte auch in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern möglich, wenn es sich um „räumlich getrennte Ortsteile“ handelt. Das sieht die Stadtverwaltung nach juristischer Prüfung für Konstanz als nicht gegeben an, erklärte der städtische Pressesprecher Walter Rügert auf Nachfragen. In der Stellungnahme aus dem Jahr 1981 hatte das RP indes auch auf einen „großen Ermessungsspielraum“ des Gemeinderats in dieser Angelegenheit verwiesen.

Kommentar, Seite 18



Oberbürgermeister Uli Burchardt nach seiner Wahl zum Konstanzer Oberbürgermeister. Im Wahlkampf hatte er sich für Bezirksbeiräte ausgesprochen, jetzt gibt er die Idee zur Enttäuschung einiger Bürger auf. ARCHIV:HAN

KOMMENTAR

BEZIRKSBEIRÄTE

Mehr Stehvermögen

VON MICHAEL LÜNSTROTH



Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, wie schnell OB Uli Burchardt eines seiner Lieblingsprojekte aus dem Wahlkampf aufgegeben hat. Mit Hilfe von Bezirksbeiräten wollte er die Bürger stärker in die politischen Prozesse einbinden, die sie direkt vor ihrer Haustür betreffen. Zwei wesentliche Vorteile dieser Idee sind: die Identifikation innerhalb des Stadtteils könnte wachsen, das Wissen aus dem Ortsteil flösse geballt in den Gemeinderat.

Angesichts der Tatsache, dass das Regierungspräsidium (RP) grundsätzlich einen solchen Bezirksbeirat für Allmannsdorf für möglich hält, ist es verwunderlich, wie schnell Burchardt die Idee beiseite schob. Allerdings ist die Stellungnahme des RP 30 Jahre alt. Seither wurde viel gebaut zwischen Allmannsdorf und Kernstadt. Insofern ist das Kriterium für die Einführung von Bezirksbeiräten – die räumliche Trennung zwischen Ortsteil und Kernstadt – heute weniger gegeben als damals.

Auf den zweiten Blick offenbart sich in der Sache auch Burchardts Politikstil. Man könnte ihn einerseits als pragmatisch beschreiben, weil er unrealistisch erscheinende Ziele nicht weiter verfolgt. Andererseits wäre mit etwas mehr Stehvermögen vielleicht auch mehr drin gewesen. Welche Deutungsweise sich am Ende durchsetzt, werden die nächsten Jahre zeigen.

michael.luenstroth@suedkurier.de

Kein Zufall

Zum Bericht „Bricht der OB sein erstes Versprechen?“ (15. Januar):

Dass Politiker oftmals nur wenig von den Versprechungen halten können, die sie in Wahlkämpfen äußern, ist nicht ungewöhnlich. Schwierig wird es, wenn zentrale Themen, die profilprägend und für manchen Wähler entscheidungsrelevant waren, aufgegeben werden. Oberbürgermeister Burchardt hat in den letzten Wochen schon oftmals ein eigenes Verhältnis zur Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung erkennen lassen. Manche Stadtteile und Lobbygruppen schreien ihm gewissermaßen zu laut und verdrängen dabei die Anliegen der Schweigsamen. Dass nun das Ziel nach Bürgerräten in den Ortsteilen scheitern soll, die aus Burchardts Sicht überaus fordernd auftreten, dürfte kein Zufall sein. Das Regierungspräsidium sah die Hürden nicht, die die Stadtverwaltung an der Umsetzung plötzlich erkennen möchte. Viel spricht dafür, dass die Angst vor einem zu mächtigen Bürger umgeht und den OB innerhalb von kurzer Zeit eine 180-Grad-Wendung hat vornehmen lassen. Nach anfänglicher Begeisterung für Partizipation hat das Vorhaben an Konzept verloren. Und damit auch eine positive Kante des neuen OB.

Dennis Riehle, Konstanz

Leserbriefe geben die Meinung der Einsender wieder. Die Redaktion behält sich das Recht zum Kürzen von Leserbriefen vor.